

Umbau Deckzentrum – Fristen anpassen

Die Sauenhalter Deutschlands stehen am Scheideweg – mit der Anfang 2021 in Kraft getretenen 7. Änderungsverordnung der TierSchNutzTV und der damit beschlossenen Gruppenhaltung, sowie dem Abferkelabteil wird der Umbau von Sauenställen aufgrund angehobener Platzvorgaben forciert. Die meisten Sauenhalter müssen infolgedessen ihre Ställe vergrößern oder die Bestände reduzieren. Die Frist bis zur Einreichung des Bauantrags endet am 09. Februar 2026 und die Umsetzung muss bis zum 09. Februar 2029 erfolgen.

Schon heute kann sich Deutschland nicht mehr selbst mit Ferkeln versorgen. Ein Umstand, der durch den Umbau des Deckzentrums noch verschärft wird. Aufgrund der hohen finanziellen und genehmigungsrechtlichen Hürden haben rd. 1/3 der Sauenhalter Deutschlands ihre Betriebsaufgabe in den nächsten zehn Jahren angekündigt (schweine.net/Umfrage). Das vorzeitige Aus des Bundesprogramms Umbau der Tierhaltung (BUT) ist ein Schock für viele Schweinehalter, die beim Umbau ihrer Anlagen u.a. auf die Bundesförderung gesetzt haben. Ärgerlich ist zudem, dass mit dem Inkrafttreten des BUT in einigen Bundesländern regionale Förderprogramme wie z.B. das Agrarinvestitionsförderungsprogramm (AFP) eingestellt wurden. Gleichzeitig verzögern sich viele Genehmigungen, unter anderem durch Vorgaben der Technischen Anleitung zur Reinhaltung der Luft (TA Luft). Der Bundesverband Rind und Schwein e.V. (BRS) begrüßt daher die Ankündigung des Bundesumweltministeriums, die Umsetzung der TA Luft bis Ende 2029 zu verschieben, um nationales Recht mit EU-Vorgaben zu harmonisieren. Aktuell werden im Rahmen der Novellierung der Industrieemissionsrichtlinie (IED) neue EU-einheitliche Betriebsvorschriften für Tierhaltungsanlagen diskutiert, welche künftig den Stallumbau erleichtern könnten. Daraus ergibt sich die Chance für Sauenhalter zusätzliche Techniken zur Emissionsminderung anwenden zu können, und somit ihre Ställe doch umbauen zu können.

Fazit: Die aktuellen politischen Rahmenbedingungen erfordern eine Neubetrachtung beim Umbau des Deckzentrums – der BRS appelliert an die Politik, sich für eine Verschiebung der Fristen um mindestens zwei Jahre einzusetzen. Weiterhin muss der Dialog über Möglichkeiten zur Fixierung von Sauen in kurzen Zeiteinheiten nochmals aufgenommen werden.

Parallel hierzu muss sich die Politik mit der Schaffung eines Bestandsschutzes bestehender Abferkelställe beschäftigen – dies schafft Planungssicherheit für Schweinehalterinnen und -halter und trägt zur Versorgungssicherheit bei.